

# DIE OST-ERWEITERUNG – LACKMUSTEST FÜR DIE REFORMFÄHIGKEIT DER EU

Wilhelm Hankel und Dieter Spethmann

Am 1. Mai 2004 traten die östlichen Nachbarstaaten Deutschlands der EU15 bei<sup>1</sup> und machten sie zur EU25. Am 1. Januar 2007 folgen Bulgarien und Rumänien zur EU27. Jeder dieser insgesamt 12 Staaten soll dem €-System beitreten, wenn er die Maastricht-Kriterien erfüllt, Slowenien schon zum 1. Januar 2007. Wohin führt uns das ?

Zunächst: Wo stehen wir?

Im pro-Kopf-Einkommen kann die EU25 sich keiner besonderen Leistungsfähigkeit mehr rühmen. Viele sind an ihr vorbeigezogen. Die Weltbank notiert Norwegen mit 52030 Dollar, die Schweiz mit 48230, die USA mit 41400 und Japan mit 37180 – alles Länder mit eigener Währung. Die EU25 aber muss sich mit einem durchschnittlichen pro-Kopf-Einkommen von 26066 Dollar abfinden, die €-Zone mit 27639, Deutschland mit 30120. Aufgliederung:

**BIP pro Kopf in KKS im Jahr 2005, EU25 = 100**  
**EU-Mitgliedstaaten, Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und EFTA-Länder<sup>5</sup>**

Luxemburg	248	Tschechische Republik	73
Irland	137	Portugal	71
Dänemark	124	Malta	69
Niederlande	123	Ungarn	61
Österreich	123	Estland	57
Belgien	118	Slowakei	55
Vereinigtes Königreich	115	Litauen	52
Schweden	115	Polen	50
Finnland	112	Lettland	47
Deutschland	110	Rumänien	35
Frankreich	109	Bulgarien	32
Eurozone	106	Kroatien	47
Italien	103	Türkei	31
EU25	100	Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien	26
Spanien	99	Norwegen	165
Zypern	83	Schweiz	128
Griechenland	82	Island	126
Slowenien	80		

<sup>1</sup> Außerdem Zypern und Malta, die in diesen Überlegungen nicht behandelt werden

Noch 1989 nahm Deutschland (die Bonner Republik) den Spitzenplatz in der damaligen EU ein. Verloren. EU und €-System machten es möglich. Bei Deutschland kommt hinzu, dass die kreditgebenden Banken von deutschen Schuldnern seit Beginn des €-Systems überhöhte Zinsen fordern,<sup>2</sup> damit Kreditnehmer in den anderen €-Staaten mit niedrigeren Zinsen davonkommen. Denn Zinsen werden seither nach der €-Durchschnittsinflation berechnet, während die deutsche Inflation deutlich niedriger liegt. Es handelt sich in 2006 um einen deutschen Mehraufwand von etwa € 40 Milliarden oder etwa 2% unseres BIP. Aber zurück zu den Beitrittsländern.

Bei deren Aufholprozess wird ihr Außenhandel entscheiden. Beispiel: Hätte die deutsche Industrie nicht nach dem letzten Weltkrieg rasch Produkte entwickelt, die ausländische Käufer fanden (z.B. VW-Käfer), hätte unser Land seinen raschen Aufstieg nicht geschafft. Auch müssen die Beitrittsländer sich in der Globalisierung behaupten. Auf der Rohstoffseite werden die Beitrittsländer in erster Linie nach Osten blicken müssen. Denn die ihnen räumlich nahe liegende Russische Föderation verfügt über große Lagerstätten in nahezu allen Rohstoffen.

In ihrer Zielsetzung werden alle Beitrittsländer die vier Grundfreiheiten der EU im Vordergrund sehen („Der freie Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit werden innerhalb der Union und von der Union gemäß der Verfassung gewährleistet“) und dann den Beitritt zum €-System. Aber:

Eine Irrlehre grassiert unter den EU-Beitrittskandidaten und bis in die Türkei und Georgien hinein: Der EU-Beitritt und die sich daran anschließende Aufnahme in den €-Club seien ein „free luncheon“. Beides koste sie nicht nur nichts, sondern bringe ihnen viel ein. Tatsächlich stellen die Hilfen des €-Club eine „Entwicklungshilfe“ der besonderen Art dar, die es in dieser Form noch nicht gab. Denn man muss sie weder verzinsen noch tilgen. Der Beitritt Italiens zum €, ein ökonomischer Missgriff ersten Ranges, nicht frei von Täuschungsmanövern übrigens, wurde flankiert von anderen Beitritten ähnlich schwacher Qualität. Die Erklärung hierfür ist bei Goethe im Faust nachzulesen: „Beim Ersten sind wir frei, beim Zweiten sind wir Knechte.“ Der Grund all dieser Missgriffe: Die Einführung des €-Systems nahm (durch „Europäisierung“) allen Schwachwährungsändern die

---

<sup>2</sup> Allen voran die Bundesrepublik Deutschland, die kürzlich eine Indexanleihe („Linker“) auflegte, die erste Indexanleihe der deutschen Finanzgeschichte übrigens, deren Inflationszuschlag für Zins und Tilgung sich nach der Inflation des €-Raumes richtet und nicht nach der niedrigeren deutschen

Abwertungsgefahr, obwohl ihr reales Währungsrisiko fortbestand. Sie können nämlich jetzt ungeniert ihre alten Nachteile als neue Standortvorteile verkaufen. Ihr Defizit an Arbeitsplätzen verheißt billige Löhne, das Fehlen eines angemessenen Sozialstaates ermäßigt die Sozialabgaben, und die dürftige Infrastruktur wird durch niedrigere Steuerbelastungen kompensiert. Die von den stabilen €-Ländern, allen voran Deutschland, garantierte Abwertungsfreiheit erlaubt es den Schwachwährungsländern, von all jenen Sünden Gebrauch zu machen, die die Spielregeln einer Währungsunion unter „Todesstrafe“ stellen: Haushohe Budgetdefizite, wie sie Italien oder Griechenland praktizieren, ein unverfrorenes Inflationieren, wofür Spanien und Portugal stehen, und schließlich haushohe Leistungsbilanzdefizite in mindestens der Hälfte aller €-Staaten. Die EZB finanziert mit ihrem auch für Inflationssünder offenen Refinanzierungsfenster den Missbrauch des Euro für nationale Egoisten und Vertragsverletzungen ohne Limit und ohne spürbaren Strafzins. Obendrein narkotisiert die EZB die Märkte.

Wenn die €-Währung dies alles bislang vergleichsweise unbeschädigt überstand, verdankt sie dies einzig und allein dem wahren €-Banker, und der heißt nicht EZB, sondern Deutschland. Deutschland hat mit seinen von Jahr zu Jahr steigenden Leistungsbilanzüberschüssen – vor allem denen außerhalb der €-Zone – die Gemeinschaftswährung vor dem ihr sonst drohenden Absturz bewahrt. Ohne diese Überschüsse wären die bisher noch vergleichsweise geringen Defizite der €-Zone gegenüber der Außenwelt explodiert, und zwar (nach den von EuroStat nur lückenhaft mit Zahlen belegten Unterlagen) auf rund 200 Mrd € in den Jahren 2005/6. Mit einem solchen, offen ausgewiesenen Fehlbetrag wäre der € an den Weltfinanzmärkten hoffnungslos abgeschmiert und wäre seine innere Entwertungsrates weit über die von der EZB gesetzte Marke von „annähernd 2 Prozent“ hinausgeschneit. Die Folgen für den Konjunkturverlauf in den einzelnen €-Ländern wären verheerend gewesen; denn der Inflationsschub hätte europaweit einen Zinsschub ausgelöst. Die daraus resultierenden Einbrüche am Arbeitsmarkt (auch außerhalb Deutschlands) wären weder ökonomisch noch politisch zu verkraften gewesen!

Deutschland hat also mit seinem Ja zum € (ob in Erkenntnis der Folgen, sei dahingestellt) sowohl die Funktion des „Entwicklungsbankiers“ übernommen wie die einer echten Zentralbank neben der EZB. Denn ohne die anhaltenden Leistungsbilanzüberschüsse der deutschen Volkswirtschaft an den globalen (und nicht nur den europäischen) Märkten hätte es für die

€-Zone weder das Wunder eines stabilen Euro noch das der für die meisten Teilnehmerländer historisch niedrigen Zinsen gegeben!

Obwohl man bezweifeln muss, dass die Verantwortlichen in deutschen Amtsstuben von Berlin bis Frankfurt/M. diesen zwingenden und (trotz der Lücken der Euro-Statistik) nachweisbaren Zusammenhang zwischen der Attraktivität von EU und € einerseits und Deutschlands im Exportsektor bewiesener Leistungsstärke andererseits gesehen und richtig bewertet haben, ist er dennoch unbestreitbar. Denn erst dieser Zusammenhang erklärt den Erfolg der €-Währung an den Weltfinanzmärkten, und weiter, warum es trotz der „Mitnahmeeffekte“ einer Gruppe leichtfertig handelnder ökonomischer Randländer bislang möglich gewesen ist, die Währungsunion zusammenzuhalten. Noch ist sie nicht an ihren inneren Widersprüchen und Spannungen zusammengebrochen.

So verständlich der Wunsch mittel- und osteuropäischer Regierungen ist, ihre Länder und Volkswirtschaften an den Integrationszug von EU und € anzukoppeln – es handelt sich weder um einen free luncheon noch um die Eintrittskarte ins Schlaraffenland. „Development begins at home.“ Das gilt auch für einen Gemeinsamen Markt und für eine Währungsunion. In der EU wird die Leistung vorgegeben durch leistungsfähige, standortflexible Großunternehmen, nicht von kleinen und bodenständigen. Das gilt für alle Sektoren, von der Landwirtschaft über die Industrie bis hin zu den Dienstleistungen. Die Öffnung der Märkte ersetzt eben nicht die regionale und sektorale Strukturpolitik in den Ländern vor Ort. Im Gegenteil, sie verlangt ihren verstärkten Einsatz und ihre Intensivierung.

Wohin der neoliberale Fehlglaube führt, mehr Markt erlaube ein weniger an Politik, kann seit 16 Jahren am Beispiel der früheren DDR studiert werden. Der bedingungslose Markt- und Währungsanschluss an die überlegene westdeutsche Volkswirtschaft führte zwar den raschen Herzinfarkt der dortigen Wirtschaft herbei, führte aber nicht zu ihrem zügigen Um- und Wiederaufbau. Aus den ihnen von ökonomischen Laienpolitikern versprochenen, aber ausgebliebenen „blühenden Landschaften“ wandern die Ostdeutschen in Scharen ab, ein unersetzlicher Verlust an Humankapital.

Die Lehre aus einem halben Jahrhundert westeuropäischer Integration lässt sich also in diesem Satz zusammenfassen: Sie war nur dort und nur so lange ein Erfolg, wo und wie sich annähernd gleich starke Partner in offenem und fairem Wettbewerb zusammenfanden. So bei den ursprünglichen Sechs der EWG, aber nicht mehr bei den Partnern der EU 25. Es ist die Tragik der EU, dass sie bis heute daran glaubt, den Erfolg der

Sechs auf die neuen 25 und demnächst noch mehr Partner „linear“ übertragen zu können. Sie verschließt sich der Einsicht, dass, je zerklüfteter die Mitglieder-Strukturen in einer solchen Gruppierung werden, deren Erfolg von innen her kommen und politisch vorangetrieben werden muss und eben nicht von außen. Aber was versteht ein EU-Erweiterungskommissar in Brüssel von volkswirtschaftlichen Gesetzen und Zusammenhängen!

Die Mobilitäten der Akteure sind unterschiedlich verteilt. Großunternehmen sind heute mobiler als kleine. Kapital kann leichter verlagert werden als die mit ihren angestammten Produktionsstätten und Märkten vor Ort verbundenen Menschen. Deshalb wird es immer humane wie politische Grenzen der Marktöffnung geben. Und vor allem: Die daraus resultierenden Probleme lassen sich leichter (und störungsfreier für die Märkte!) von Staat zu Staat regeln als in einem staats- und völkerrechtlichen Niemandsland namens EU.

Weiter gilt es, Abstand vom Köhlerglauben<sup>3</sup> zu nehmen, dass eine Währungsunion als Staatsersatz fungieren könne und schwächeren Volkswirtschaften einen Anspruch auf Beistandskredite eröffne analog zu denen, die Länder wie Italien, Spanien und Co seit 1999 für sich in Anspruch nehmen. Der Trick mit deren Mitnahmeeffekten funktioniert nur dann und nur solange, wie die Starken im Währungsboot (oder ein Starker wie Deutschland) mitrudern und es sich leisten können, solche Defizite als quasi eigene zu übernehmen. Das aber ist begrenzt.

Eine Osterweiterung der Euro-Zone ist angesichts zu erwartender weiterer Defizite also ausgeschlossen. Sie führte den Währungsverbund in ein Übergewicht der Defizite über den Außenüberschuss der Währungsgemeinschaft hinein, den Kollaps eben. Denn Deutschland als bislang größter und dominierender Außenüberschuss-Partner kann die kräftig anschwellende Summe der Defizite nicht mehr abdecken. Eigentlich sagt einem das bereits das kleine Einmaleins, nur scheint man es in Brüssel und den anderen Hauptstädten der EU nicht zu sehen.

Spätestens nach der Ost-Erweiterung und der mit der EU-Mitgliedschaft verbundenen Eintrittskarte in die €-Union ist diese nicht mehr finanzierbar. Weder Deutschland noch ein anderer Euro-Partner kann die mit den neuen Defiziten verbundenen Überschüsse erwirtschaften. Die EZB wird dann nicht mehr allzu lange auf die Konkursanzeige ihrer Gläubiger

---

<sup>3</sup> keine Anspielung auf unseren Bundespräsidenten

warten müssen, so wenig wie ein Wirt, der nur Freibier an seine Gäste ausschenkt, sich aber wundert, wenn die Rechnung kommt.

Aber auch der umgekehrte Weg ist dieser brüchigen Währungsunion verschlossen. Wollte die EZB den waghalsigen Versuch wagen, die Geld- und Kreditversorgung ihrer defizitären Mitglieder so weit zu begrenzen und zu verteuern, dass deren Defizite schrumpfen, bis sie wieder finanziert werden können, muss sie entweder damit rechnen, von der Mehrheit in ihren eigenen Gremien (Direktorium, Rat) überstimmt oder von ihren Trägern verlassen zu werden. Auch ihre Kapitulation vor einer inflatorischen Finanzierung der neuen Defizite würde daran nichts ändern. Sie würde den € vollends entwerten und zur Makulatur machen, es sei denn, die hinter der EZB stehenden Regierungen heben die internationale Zahlungsfähigkeit (Inländerkonvertibilität) der €-Währung auf (was sie nach Art 59 EU-Vertrag sogar könnten). Europa würde sich in der Festung Europa einigeln und statt der Währung die Exportwirtschaft zum Konkursrichter schicken!

Mit Ost-Erweiterung von EU und €-Zone entsteht eben nicht ein „größeres“ Europa, sondern ein „anderes“. Die Beitrittsländer können nicht unbegrenzt Investitionskapital absorbieren (auch wenn es die westdeutsche Wirtschaft gern sähe), ohne sich der Gefahr auszusetzen, ihre Volkswirtschaften zu „dualisieren“ und heillos zu inflationieren. Dualisieren heißt, Modernitätsinseln in einem Umfeld traditioneller Strukturen zu schaffen. Das aber führt zu nicht mehr zu bewältigenden sozialen Konflikten und Spannungen, wie sowohl die Beispiele aus der Dritten Welt als auch aus dem vom Kommunismus befreiten Europa zeigen. Ein warnendes, ja, ein flammendes Beispiel dieser Art war der Iran unter dem Schah, dessen Sturz den Rückfall in den islamischen Fundamentalismus einleitete. Chomeini kehrte bekanntlich Ende 1979 aus Frankreich nach Teheran zurück. Das für uns aktuellste Beispiel ist das der heutigen Slowakei, in der sich ein Fünftel der arbeitenden Bevölkerung den Luxus des in einer westdeutschen Autofabrik erwirtschafteten westlichen Lebensstandards leistet, den es für den Rest der Bevölkerung aber nicht gibt.

Hinzu kommt: Nachholende Volkswirtschaften können weder die an ausländischen Vorbildern (und Produktivitätsstandards) orientierten Lohnforderungen verkraften noch sich unbegrenzt die Abwanderung unersetzlichen qualifizierten Humankapitals leisten. Eine den Grundfreiheiten der EU verpflichtete Arbeitsmarkt- und Nicht-Diskriminierungspolitik wäre in all diesen Ländern ökonomisch kontraproduktiv und politisch verheerend.

Zum Thema Inflationieren braucht nur auf die Verhältnisse in Ländern wie Spanien und Co. verwiesen zu werden. Ob man fehlendes Sparkapital durch Gelddrucken, durch billige Kapitalimporte oder durch Kreditinflation ersetzt, macht für das innere Preis- und Inflationsklima nicht den geringsten Unterschied. Von daher die spanische Inflationsrate von etwa 4%. Doch es macht die Stabilitätspolitik der EZB zur Farce.

Mit der Ausweitung des Gemeinsamen Marktes auf Mittel- und Osteuropa würde die „alte EU“ selber das trojanische Pferd zäumen, das die neu zu integrierenden Länder dann auf die Alt-Integrierten loslassen. Nach Verwässerung oder Aufhebung der vier Grundfreiheiten in der neuen EU liesen sich diese auch in der alten EU nicht mehr uneingeschränkt und kompromisslos durchhalten. Jeder alte EU-Staat würde in Krisenzeiten dasselbe Recht für sich reklamieren wie in der neuen EU-Welt jenseits von Oder und Neisse. Das alte EU-Modell überlebt dann nur noch bis zum Eintritt des Ernstfalls, also klinisch gesehen auf Zeit.

Dasselbe gilt, nur noch radikaler, für den €. Die Währungsunion kann nicht nur aus schwachen und hochdefizitären Partnern bestehen. Mit der Ost-Erweiterung nehmen nur diese zu. Denn mit Ausnahme Russlands, das in diese Pläne nicht einbezogen ist, steht kein starker, Überschüsse einbringender Partner vor der monetären Haustür. Die alten €-Überschußpartner, sprich Deutschland, müssten noch höhere (und nur für Politiker „unsichtbare“) Lasten und Realtransfers übernehmen. Doch erstens sind diese nicht unsichtbar, auch wenn ökonomisch unbedarfte Finanzminister (wie die Vorgänger Peer Steinbrücks!) das nicht gesehen haben. Und zweitens sind sie politisch höchst effektiv: Wenn diese Last auf mehr neue Schultern verteilt werden muss, steht sie ebenfalls aus Gründen des kleinen Einmaleins nur noch beschränkt (wenn überhaupt) für die bisher Begünstigten zur Verfügung. Die alten €-Defizitländer plus Frankreich, das dazu gehört, werden ihre „Besitzstands“-Ansprüche zurücknehmen müssen. Die neuen Außenpartner der EU machen ihre Innenpolitik rauher und ungemütlicher.

Die EU gerät spätestens mit ihren wenig durchdachten Plänen zur Ost-Erweiterung gleich doppelt ans Ende ihres alten Lateins. Ihre Grundprinzipien, die sich einstmals auf sechs leidliche homogene Volkswirtschaften und Länder konzentrierten, lassen sich nicht erweitern. Knirscht es bereits bei einem Dutzend weniger homogener Partner, wie erst bei der Hereinnahme weiterer Partner, die um bis zu 50 Prozent und mehr unter dem

gemeinsamen Produktivitätsdurchschnitt liegen. Danach kann es nur noch krachen.

Die Währungszone scheitert ebenfalls aus doppeltem Grunde: erstens an ihrem inneren Ungleichgewicht zwischen Überschuss- und Defizitpartnern, zweitens aber und auf Dauer an der Ungleichbehandlung beider Gruppen. Die Defizitländer dürfen buchstäblich „alles“: ihren EZB-Kredit überziehen, Kapital abwerben, ihre Inflationspolitik fortsetzen. Die Überschussländer dürfen „nichts“ – nicht einmal ihre selbst verdienten Export- und Leistungsbilanzüberschüsse zum Nutzen ihres Landes und ihrer Binnenvolkswirtschaft behalten und einsetzen. Also dürfen sie sie auch nicht für ihren eigenen Arbeitsmarkt und damit für den sozialen Frieden einsetzen, immerhin ihren wichtigsten Sektor, wie die Deutschen heute tagtäglich schmerzlich erfahren. Im Falle Deutschland bestimmt nicht mehr die Zahlungsbilanz die inneren Expansionsspielräume der Volkswirtschaft, sondern das von den Maastricht-Regeln (buchstäblich) gemäßregelte Budget. Sich diese Anleitungen zur volkswirtschaftlichen Selbstverstümmelung selber verordnet und zum Bestandteil der EU-Verträge gemacht zu haben, war wohl die reifste Leistung von Steinbrücks ökonomisch nicht allzu kompetenten Amtsvorgängern. Das einzig „Gute“ an ihnen ist: Auf längere Sicht machen sie Deutschland als Dienstleister für eine kurzsichtige, die eigene Integration gefährdende Politik der EU unbrauchbar!

Was ist die Konsequenz? Spätestens die Ost-Erweiterung wird zum Lackmustest für die Reformfähigkeit der EU. Entweder erkennt die EU 3 Minuten vor 12, dass das alte Integrationskonzept an den Realitäten der neuen Europa scheitert und verständigt sich rechtzeitig auf ein neues. Oder die EU geht genau so unter, wie andere supranationale Institutionen vor ihr. Die Vorstufen dieses Niederganges sind stets die gleichen und im Fall der EU längst sichtbar: Die gemeinsamen Regeln werden im Ernstfall nicht mehr beachtet. Der Apparat, obzwar aufgebläht, versinkt in Bedeutungslosigkeit und Ineffizienz. Und die Politik kehrt dahin zurück, wo sie rechtsstaatlich wie demokratisch legitimiert und verankert ist: in die Zentren der nationaler Willensbildung und Wahrnehmung nationaler Interessen – die europäischen Hauptstädte.

Dies vorauszusehen und zu –sagen ist keine Huldigung an einen verstaubten Nationalismus. Weder die Globalisierung noch die Integration in Europa (mit ihrer Abschaffung von Staatsgrenzen nur eine Zuspitzung der Marktglobalisierung!) heben die alten und unverzichtbaren Staatsaufgaben und –pflichten des Rechtsschutzes und der sozialen Fürsorge für ihre Bür-

ger auf. Vielmehr verstärken sie sie. Denn je ausschließlicher die Märkte regieren, desto imperativer wird das Mandat der Staaten, für die Rechte der sozial Schwächeren einzutreten und den Anspruch der Kultur-Gesellschaft auf „öffentliche Güter“ zu erfüllen, von Infrastruktur bis hin zu Universitäten, Museen und Goethe-Instituten.

Die EU kommt nicht umhin, die Eigeninteressen ihrer Mitglieder von Wirtschaft bis Kultur ernst zu nehmen und zu respektieren. Wirtschafts- und Handelsinteressen müssen wieder national statt supranational wahrgenommen und geregelt werden, denn die EU hat bewiesen, dass es in Europa weder ein „supranationales Gemeinwohl“ noch ein „Gemeinschaftsinteresse“ gibt. Die gegenteiligen Behauptungen formulieren eine Fiktion und dienen lediglich dem Berufsinteresse überzähliger EU-Kommissare und ihrer Beamten.

Am wenigsten aber können die Währungsinteressen der Bürger (die vitalsten, die es überhaupt gibt) „gemeinschaftlich“ wahrgenommen und verteidigt werden. Das beweist die Unfähigkeit der EZB, die höhere Inflation in der Mehrheit ihrer Mitgliedsländer zu verhindern, ebenso schlagend wie erschreckend. Es war ein folgenschwerer Irrtum, den Schutz der Währung einer staatenlosen Institution wie der EZB zu übertragen. Wem ist sie verantwortlich? Haftet sie für die Folgen ihrer Politik, wie z.B. der „geräuschlosen Defizitfinanzierung“ über den € mit ihrer Hilfe? Nein. Nicht umsonst sind alle früheren Versuche, in dieser Richtung die Währung zu schützen, auf dem Friedhof der Welt- und Geldgeschichte zur Ruhe gekommen!

Der Plan zur EU-Osterweiterung nach Prinzipien und Regeln einer Zeit, als kalter Krieg herrschte und Westeuropa sich vor dem Sowjet-Kommunismus schützen musste, passt nicht in die neue Wirklichkeit. Die Völker müssen sich selber helfen und können es auch, wenn man den Märkten und supranationalen Institutionen nicht mehr Rechte einräumt als ihren Staaten. Und diesen Staaten dürfen nicht Lasten aufgebürdet werden, die sie – siehe Deutschland - überfordern. Als Caesar den Rubicon überschritt, wusste er, was er vorhatte. Die EU hat ihren Rubicon überschritten, aber weiß es nicht. Jetzt zwingt sie die Ost-Erweiterung, darüber nachzudenken und sich ein neues, der staatlichen Autonomie wieder mehr Rechnung tragendes Statut zu geben. Je früher, desto besser für das westliche und östliche Europa.

\*\*\*